Newsletter Dezember 2020

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

der zweite Lockdown bestimmt momentan unseren Alltag und keine*r weiß, wie lange er noch anhalten wird. Erneut bangen viele Menschen um ihre Existenz. Die Krankenhäuser stehen am Rande ihres Limits, während die täglichen Corona-Neuinfektionen zwar stagnieren, aber noch nicht deutlich sinken. Schulen und Kitas müssen hier und dort in Quarantäne gehen, weil das Land keine flexiblen Unterrichtslösungen, die das Ansteckungsrisiko minimieren, zulässt.
Es gibt aber auch positive Meldungen. Früher als erwartet, stehen die ersten Impfstoffe zur Verfügung. In Land und Kommunen laufen zur Zeit die Planungen für die Einrichtung von Impfzentren und Impfpläne werden erstellt. Damit kann schon in Kürze damit begonnen werden, gefährdete Menschen gegen Covid-19 zu impfen. Alle diese Fragestellungen bestimmen momentan den Alltag im Landtag.
Doch dürfen wir in der aktuellen Krise nicht nur an heute denken. Auch die Zukunft in Nordrhein-Westfalen braucht Investitionen. Die Wirtschaft muss wieder angekurbelt werden und die Jugend braucht eine Perspektive. Da die Zinsen nach wie vor niedrig sind, muss jetzt gehandelt werden, um späteren Generationen zusätzliche Kosten zu ersparen. Die SPD-Landtagsfraktion hat deshalb in dieser Woche ein Fortschrittsprogramm in Höhe von 5 Milliarden Euro vorgelegt. Wir wollen das Programm Gute Schule 2025 neuauflegen, mit bezahlbaren Wohnungen gegen die Wohnungsnot angehen, eine klimafreundliche und staufreie Verkehrspolitik umsetzen, Kitas und Jugendzentren sanieren, in den Klimaschutz und die Wasserstoff-Technologie investieren, Sportstätten ausbauen, die IT-Sicherheit in den Krankenhäusern verbessern und den Gebäudebestand der Landesverwaltung (u.a. Polizei und Finanzämter) sanieren.
Unsere Ideen bringen wir in die aktuelle Haushaltsdebatte ein. Ich bin gespannt, ob die Landesregierung auch nur eine Maßnahme davon umsetzen wird.

Ihnen und Euch wünsche ich eine interessante Lektüre und eine besinnliche Adventszeit. Kommen Sie/kommt gesund über die Weihnachtsfeiertage ins neue Jahr, das uns alle hoffentlich optimistischer stimmen wird, als es das zu Ende gehende Jahr 2020 getan hat.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Corona: Es mangelt nicht an Vorschlägen für mehr Sicherheit - es mangelt am politischen Umsetzungswillen

Die regelmäßigen Tagungen der Ministerpräsident*innen und der Kanzlerin zum weiteren Umgang mit der Pandemie gehören mittlerweile schon zum gewohnten Bild. Der sogenannte Lockdown-Light wird bis zum 10. Januar verlängert, mit ein paar Lockerungen über Weihnachten und Silvester. Wie wichtig sind doch gerade zur Weihnachtszeit die Familientreffen und sozialen Kontakte mit den unterschiedlichen Generationen.

Absolut notwendig ist aber auch, dass alle, die auch im Dezember und Januar nicht ihrer Arbeit nachgehen können oder ihre Geschäfte nicht öffnen dürfen, weiter Überbrückungshilfen erhalten und auf den Staat und die Solidargemeinschaft bauen können. Mir ist bewusst, dass niemand von Almosen leben möchte. Aber es ist nun mal wichtig, die Menschen zu unterstützen, die nicht arbeiten dürfen, um uns alle zu schützen.

Leider sind die Infektionszahlen noch zu hoch, um zu unserem gewohnten Leben zurückzukehren. Eine Fortführung der Maßnahmen bleibt leider weiter notwendig. Lasst uns unsere physischen sozialen Kontakte auf ein Minimum herunterfahren, um so die Infektionszahlen klein zu bekommen. Und lasst uns auch weiter verantwortungsvoll mit der Pandemie umgehen und uns selber und unsere Mitmenschen schützen.

Um während des Corona-Lockdowns weiterhin für die Menschen in meinem Wahlkreis ansprechbar zu sein, habe ich im November zwei Telefonsprechstunden angeboten. Gerade während der Pandemie und der Kontaktbeschränkungen ist es mir umso wichtiger, zu erfahren, ob die Maßnahmen der Landesregierung zur Bewältigung der Krise wirken und von Ihnen akzeptiert werden.

Bei den zu ergreifenden Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie treiben wir als SPD-Landtagsfraktion die Landesregierung vor uns her. Zusammen mit den Grünen haben wir einen Schulgipfel durchgeführt. Es waren alle wichtigen Akteure zum Thema Schule dabei: Gewerkschafter*innen der GEW Nordrhein-Westfalen, Schüler*innen, Schulleiter*innen und Elternverbände. Unser Fraktionsvorsitzende Thomas Kutschaty machte deutlich, dass den Schulen die Möglichkeit gegeben werden müsse, mit eigenen Konzepten in der Krise arbeiten zu können. Was wir brauchen sind Strategien für einen sicheren Schulbetrieb, notfalls mit alternativen Unterrichtsmethoden.

Über Konzepte für die Schulen hinaus, benötigen wir weitere Maßnahmen, wie eine umfassende Testinfrastruktur und -strategie. Ohne eine flächendeckende Infrastruktur laufen wir dem Geschehen fortlaufend hinterher und können nicht mehr nachvollziehen, wo die Infektionen herkommen. Mit einer Teststrategie, die auch die Betriebs- und Werksärztinnen und -ärzte in Nordrhein-Westfalen einbezieht und auf Schnelltests setzt, handeln wir vorausschauend und können so das Virus eindämmen.

Zudem sind Gaststätten und die Eventbranche massiv von den Einschränkungen zur Eindämmung von Corona betroffen. Wir fordern daher ein Hilfsprogramm aus dem Rettungsschirm des Landes in Höhe von 290 Millionen Euro für die Gastronomie und 525 Millionen Euro für die Veranstaltungsbranche.

Auch bei den Kitas verharrt die Landesregierung im Nichtstun. Eine Vielzahl von Kindern war im November zeitweise von der frühkindlichen Bildung ausgeschlossen. Zahlreiche Kitas hätten jedoch nicht komplett vom Netz gehen müssen, wenn eine konsequente Gruppentrennung ermöglicht worden wäre. Familienminister Joachim Stamp hat vor Wochen versprochen, zu handeln. Darauf warten Familien aber bis heute. Wann gedenkt der Minister, endlich etwas für die betroffenen Familien in der Krise zu tun? Dazu gehört aus unserer Sicht auch, bei geschlossenen Kitas die Gebühren zu erlassen. Aber nicht einmal für Hotspots mit einer Inzidenz von über 200 gibt es eine Strategie. Es mangelt nicht an Vorschlägen für mehr Sicherheit. Es mangelt am politischen Umsetzungswillen.

Mit den erfolgsversprechenden Impfstoffen mehrerer Anbieter – darunter das Mainzer Unternehmen Biontech – rückt ein Ende des Lockdowns im nächsten Jahr näher. Hier brauchen wir eine durchdachte Impfstrategie, die schnell und gezielt die Menschen, die geimpft werden wollen, mit dem Impfstoff versorgt.

Kompaktinfo zur Pandemiebewältigung: bit.ly/36HioY0
Video: Warum wir einen Schulgipfel brauchen: bit.ly/3gd34W9
Kompaktinfo zum Schulgipfel der SPD-Landtagsfraktion NRW: bit.ly/2VDLukC
Kompaktinfo „Sechs Punkte für mehr Kita-Sicherheit: bit.ly/33OGFK2
Kompaktinfo „Zugang zu Bildung und Betreuung für die Kleinsten sicherstellen“: bit.ly/3lLn1o8

Haushalt 2021: Das Land bedient sich an seinem eigenen Corona-Rettungsschirm, während die Kommunen neue Schulden aufnehmen müssen

Mit 5,5 Milliarden Euro plant die Landesregierung die höchste Neuverschuldung seit mehr als einem Jahrzehnt. Doch trotz dieser Neuverschuldung sind die Menschen in Nordrhein-Westfalen die Verlierer des Haushaltsentwurfs für 2021. Der Corona-Rettungsschirm in Höhe von 25 Milliarden Euro kommt nicht an und erfüllt seinen ursprünglichen Zweck nicht. Stattdessen rechnet sich die Landesregierung mit diesen Geldern ihren eigenen Haushalt schön: Die Regierung kompensiert die erwarteten Steuerausfälle des Landes für die Jahre 2020 und 2021 in zweistelliger Milliardenhöhe aus dem Rettungsschirm, während sie den Kommunen lediglich Kredite gewährt und diese damit neue Schulden machen müssen. Das Geld muss jedoch bei den Menschen ankommen. Daher fordern wir als SPD-Landtagsfraktion Investitionen in den sozialen Fortschritt: Gesellschaftliche Infrastruktur, mehr Mobilität, Arbeitsschutz stärken, bessere Bezahlung.

Die Entscheidung von CDU und FDP, alle Verbesserungsvorschläge der SPD zum Haushaltsentwurf der Landesregierung pauschal abzulehnen, ist für viele Menschen in NRW schlecht. Das strikte ‚Nein' der Regierungsfraktionen zum Erhalt von Arbeitslosenzentren ist gerade in Zeiten massiv steigender Arbeitslosigkeit nur schwer zu ertragen. Leider hat es die Koalition auch versäumt, mit der Zustimmung zu unserem Vorschlag für die Aufstockung der Zuschüsse für die Wohlfahrtsverbände ein klares Zeichen für die Wertschätzung ihrer Arbeit zu setzen. Ebenso wenig nachvollziehbar ist die Ablehnung unserer Forderung, den Arbeitsschutz insbesondere in der Fleischindustrie durch zusätzliches Personal für Kontrollen zu stärken. Die CDU und insbesondere Arbeitsminister Laumann sind hier vor der Fleischlobby eingeknickt. Stattdessen beharrt die Koalition weiter auf zusätzliche Stellen in der Ministerialbürokratie. Diese Beschäftigten wären bei der Kontrolle von Fleischbetrieben sinnvoller eingesetzt.

CDU und FDP wollen zudem weiter auf mehr Bürokratie bei den Straßenausbaugebühren setzen. Statt diese ungerechten Gebühren endlich komplett abzuschaffen, halten sie an einem bürokratischen Förderprogramm fest, das weder die Betroffenen noch die Kommunen wirklich unterstützt. So bleibt es dabei, dass dieser Haushalt den derzeitigen Herausforderungen nicht gerecht wird und viele drängende Probleme nicht anpackt. Das Land braucht dringend mehr Investitionen in Bildung und Infrastruktur sowie eine Stärkung des sozialen Zusammenhaltes – gerade in der aktuellen Corona-Krise.

Denn durch die Corona-Pandemie brechen im Land die Steuereinnahmen ein. Das wirkt sich auch auf die Finanzmittel aus, aus denen die Städte und Gemeinden jedes Jahr vom Land finanzielle Zuweisungen erhalten. In der Summe steht dem Land für das sogenannte Gemeindefinanzierungsgesetz 2021, mit dem die Gelder an die Kommunen verteilt werden, rund eine Milliarde Euro weniger aus eigenen Steuereinnahmen zur Verfügung, als von den Kommunen ursprünglich geplant worden ist. Seit Mai fordern wir die Landesregierung deshalb kontinuierlich auf, die fehlenden Gelder aus dem Corona-Rettungsschirm des Landes aufzustocken. Dem haben sich Ministerpräsident Armin Laschet und seine Kommunalministerin Ina Scharrenbach nun aber

endgültig verweigert. Zwar will die Landesregierung die fehlende Summe im Gemeindefinanzierungsgesetz, mit dem die Steuermittel auf die Kommunen verteilt werden, aufstocken, doch nach Vorstellung der Landesregierung soll die fehlende Milliarde den Kommunen lediglich als Kredit gewährt werden. Die Antwort der Landesregierung auf die Finanzprobleme der Städte und Gemeinden lautet also: weitere Schulden für unsere Kommunen. Und das bei einer ohnehin schon vorhandenen Verschuldung von Dortmund mit Kassenkrediten in Höhe von 1,15 Milliarden Euro. Anstatt das bestehende Schuldenproblem der NRW-Kommunen mit landesweit insgesamt über 21,6 Milliarden Euro Kassenkrediten endlich durch eine Altschuldenlösung anzugehen, würden auf den riesigen Schuldenberg der Städte und Gemeinden nur weitere dicke Schippen drauf gesattelt.
Unsere konkreten Forderungen für den Landeshaushalt:

1. In die soziale Infrastruktur investieren. Insbesondere in Zeiten von Corona ist es wichtig, die soziale Infrastruktur zu unterstützen. Hierfür sehen wir ein Paket von mehr als 40 Millionen Euro vor, das Wohlfahrtsverbände, Frauenhilfe, Aids-Hilfe und Studierendenwerke stärkt, die Flüchtlingsberatung rettet und die Schließung von Arbeitslosenzentren verhindert.
2. Kostenlose Mobilität für Kinder und Jugendliche. Junge Menschen bis 14 Jahre sollen ein kostenloses Ticket für den öffentlichen Nahverkehr erhalten, für das wir in einem ersten Schritt 100 Millionen Euro bereitstellen.
3. Den Arbeitsschutz verstärkt kontrollieren. Die Corona-Krise hat gezeigt, welche Bedeutung der Arbeitsschutz hat – und wie wichtig seine Einhaltung ist. Wir wollen 30 zusätzliche Stellen schaffen, um den Arbeitsschutz besser kontrollieren zu können, unter anderem in der Fleischindustrie. Die Kosten in Höhe von rund 1,5 Millionen Euro wollen wir aus den Personalmitteln der Staatskanzlei gegenfinanzieren.
4. Straßenausbaubeiträge abschaffen. Wir setzen uns schon lange dafür ein, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen, denn: Mit der bisherigen Regelung hat die Landesregierung ein Bürokratiemonster geschaffen. Diese Beiträge können jede*n treffen. Für manche bedeuten sie den finanziellen Ruin. Den Kommunen entstehen durch die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge Einnahmeausfälle in Höhe von 65 Millionen Euro, die wir aus dem Landeshaushalt ausgleichen wollen.
5. Das Personal des Landes stärker wertschätzen. Die Beschäftigten des Landes Nordrhein-Westfalen leisten eine hervorragende Arbeit. Viele Vorschläge für eine bessere Entlohnung, die derzeit zur Diskussion stehen, müssen finanziell hinterlegt werden. Dafür wollen wir 50 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Video: Haushaltsrede Thomas Kutschaty: bit.ly/3lLCch4
Kompaktinfo zum Haushalt 2021: bit.ly/2JQsRri
Kompaktinfo „Echte Finanzhilfen für Kommunen – Jetzt!“: bit.ly/3lQrK8o

Das landesweit gültige eTicket für Bus und Bahn kommt

Wer kennt die Situation nicht? Man will von Dortmund nach Münster fahren und weiß nicht, welches Ticket man braucht? Man ärgert sich am Fahrkartenautomat in Düsseldorf, weil der keine Scheine annimmt, obwohl der in Dortmund das kann? Umgekehrt kann man an diesem mit Karte zahlen, was wiederum in Dortmund nicht geht? Wieso ist die Fahrt von Hörde nach Benninghofen - die paar Meter könnte man ja auch laufen - genauso teuer, wie die von Bövinghausen nach Lanstrop, bei der man über eine Stunde unterwegs bin?

In NRW Bus und Bahn zu fahren, ist bei so vielen Verkehrsverbünden manchmal schon sehr umständlich und uneinheitlich. Daher ist die Einführung eines NRW-weiten, verbundübergreifenden eTickets ein Meilenstein, für den sich die SPD-Landtagsfraktion erfolgreich eingesetzt hat. Ähnlich wie in den Niederlanden heißt es zukünftig 'Einsteigen' - 'Einchecken' - 'Fahrt genießen' - 'Auschecken' - 'Aussteigen'. Automatisch wird dann der für den Fahrgast günstigste Tarif ausgewählt und über die hinterlegte Bankverbindung abgerechnet. Kein Rätseln mehr, welches Ticket man ziehen muss - vor allem bei verbundübergreifenden Fahrten ist das sehr praktisch.

Aber ein paar Hausaufgaben gibt es dann doch noch. Das eTicket muss so gestaltet sein, dass es auch von Menschen mit Behinderung genutzt werden kann. Es muss also barrierefrei sein. Ich bin zudem der Meinung, dass die Einführung eines eTickets auch nicht zu einer Zwei-Klassen-Kundschaft führen darf. Auch Personen, die kein Giro-Konto und keine positive Schufa haben, dürfen davon nicht ausgeschlossen werden, denn der öffentliche Nahverkehr ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, den alle nutzen können müssen! Auch eine rein Smartphone-basierte Lösung erscheint mir nicht sinnvoll. Auch dies würde viele Menschen ausschließen. Und wenn ich mir überlege, wie lange mein Smartphone-Akku an einem arbeitsreichen Tag hält, dann wäre das zudem eine für viele Pendler*innen unpraktische Lösung.

Antrag „Einfach, einheitlich und erprobt: Mit E-Ticket und E-Tarif ein landesweit einheitliches und verständliches Tarifsystem für einen attraktiveren Öffentlichen Personennahverkehr ermöglichen“: bit.ly/3mIH7kf

Wenn die Grillwurst wichtiger ist als das Wohl der Arbeitnehmer*innen, dann ist es an der Zeit aufzustehen und laut zu werden!

Der Skandal war groß, als Anfang des Jahres in mehreren Fleischfabriken Corona ausbrach und der Öffentlichkeit erneut sichtbar wurde, wie katastrophal – ja, wie menschenunwürdig – die Arbeits- und Hygienebedingungen in der Fleischindustrie nach wie vor sind. Selbst führende Unionspolitiker*innen äußerten öffentlich Kritik an der Fleischindustrie und dass man deren Praktiken den Riegel vorschieben müsse. Mit vorne dabei Landesarbeitsminister Karl-Josef Laumann, der in der Regierung Rüttgers noch selbst das Landesamt für Arbeitsschutz auflöste und die Zahl der Landesbeschäftigten im Arbeitsschutz drastisch reduzierte.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil präsentierte dann Ende Juli einen Entwurf für ein Arbeitsschutzkontrollgesetz, das vorsah in fleischverarbeitenden Betrieben mit mindestens 50 Beschäftigten den Einsatz von Fremdarbeiter*innen zu verbieten. Ab dem 01.01.2021 sollen demnach keine Werkvertragsarbeiter*innen und ab dem 01.04.2021 keine Leiharbeitnehmer*innen mehr zum Schlachten und Zerlegen eingesetzt werden dürfen. Außerdem werden Mindeststandards für die Unterbringung der Mitarbeiter*innen definiert und die Arbeitgeber verpflichtet, die zuständigen Behörden über Wohn- und Einsatzort aller Arbeitskräfte zu informieren, um effektivere Kontrollen zu ermöglichen.

Auf Landesebene fordern wir 30 neue Stellen in den Arbeitsschutzabteilungen der Bezirksregierungen. Betriebe, gerade wenn sie in der Vergangenheit schon auffällig wurden, müssen schlicht öfter kontrolliert werden und Verstöße gegen den Arbeitsschutz konsequent geahndet werden. In den letzten Monaten fand die Fleischlobby in Reihen der Union allerdings immer mehr Gehör. Ohne Leiharbeiter*innen wäre der Betrieb nicht möglich. Hubertus Heils Gesetzentwurf wurde von CDU und CSU in Frage gestellt. Selbst „Arbeiterführer“ Karl-Josef Laumann forderte nun Ausnahmen zugunsten der Fleischindustrie. Das nennt man dann wohl hervorragende Lobbyarbeit. Wie dem auch sei, wir haben auf Landes- und Bundesebene nicht locker gelassen – CDU/CSU mussten nun zurückrudern. Das Gesetz wird kommen. „Eine krachende Niederlage für Lobbyisten“, wie Hubertus Heil sagte!

Kompaktinfo „Gegen die moderne Sklaverei. Für mehr Arbeitsschutz in der Fleischindustrie: bit.ly/36Jlx9J
Antrag „Arbeitsschutzkontrollgesetz muss jetzt kommen – Schluss mit der Blockadehaltung von CDU und CSU!“: bit.ly/37EdUR8
Antrag auf Aktuelle Stunde „Arbeitsschutzkontrollgesetz in der Fleischindustrie muss jetzt kommen – Warum rudert Arbeitsminister Karl-Josef Laumann zurück?: bit.ly/37y5Npi

Gericht kassiert Sonntagsöffnungen ein

Das Oberverwaltungsgericht in Münster hat die von der Landesregierung geplanten Sonntagsöffnungen des nordrhein-westfälischen Einzelhandels in der Adventszeit einkassiert. Das Gesundheitsschutzinteresse der Beschäftigten im Einzelhandel wurde nicht genügend abgewogen. Das Gericht kam zu dem Schluss, dass angesichts fehlender Freizeitmöglichkeiten während des Lockdowns man davon ausgehen müsse, dass es nicht zu einer Entzerrung der Kundenströme auf mehrere Tage komme, wie die Landesregierung ihre Sonntagsöffnungen begründe, sondern dass stattdessen viele Menschen an den Sonntagen in die Innenstädte strömen würden.
Das Urteil bestätigt, dass die Interessen der Arbeitnehmer*innen für die Landesregierung nur eine untergeordnete Rolle spielt. Sonntagsöffnungen erhöhen nicht nur das Infektionsrisiko der Kund*innen, sondern vor allem das der Kolleg*innen im Einzelhandel. Es ist davon auszugehen, dass bei den Plänen der Landesregierung wirtschaftliche Interessen eine höhere Rolle spielten. Daher ist das Urteil nicht nur aus gesundheitspolitischer Sicht richtig. Auch die Kolleg*innen im

Einzelhandel haben einen Tag in der Woche verdient, an dem sie sich erholen können und Zeit für ihre Familie haben.

Das Land muss sich an ThyssenKrupp beteiligen!

Die Lage bei ThyssenKrupp wird immer dramatischer. Die 27.000 Kolleg*innen der Stahlsparte (davon arbeiten über 1.300 auf der Dortmunder Westfalenhütte) bangen um ihre Existenz. Mittlerweile sollen 11.000 Stellen abgebaut werden. Und was macht die Landesregierung, um ThyssenKrupp kurzfristig auf die Beine zu helfen - um diese Arbeitsplätze zu sichern? Nichts! Sie schließen eine Beteiligung des Landes an ThyssenKrupp aus. Dies gleicht einem Denkverbot und ist damit eine Einschränkung der ohnehin wenigen Alternativen, die zur Verfügung stehen. Scheinbar hat die Landesregierung um Armin Laschet und Andreas Pinkwart den Ernst der Lage immer noch nicht verstanden. Sie gefährden damit die Zukunft dieser für NRW wichtigen Kernindustrie.

Denn Stahl hat Zukunft! Aber nur mit einer modernen Stahlindustrie, die auch einen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Auf dem Weg dahin darf das Land nicht aus der Verantwortung genommen werden. Nicht nur wegen der 27.000 Beschäftigten bei ThyssenKrupp Steel, sondern auch wegen vieler weiterer Zehntausender Beschäftigter, deren Unternehmen an der gesamten Wertschöpfungskette angebunden sind.

Die Stahlindustrie ist ein wichtiger Arbeitgeber in Nordrhein-Westfalen. ThyssenKrupp Steel braucht kurzfristig finanzielle Unterstützung, um seine Liquidität zu erhöhen, und langfristig, um in die Wettbewerbsfähigkeit und das klimaneutrale Stahlwerk zu investieren. Daher fordern wir eine Beteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen an ThyssenKrupp Steel. Die deutsche Stahlindustrie verdient trotz Wettbewerbsnachteilen und Dumping-Preisen auf dem Weltmarkt gutes Geld, weil sie - noch - einen technologischen Vorsprung hat. Doch leider führten Management-Fehler und Fehlinvestitionen in Übersee dazu, dass der gesamte Konzern ins Wanken gekommen ist. Das darf nicht dazu führen, dass wir gute Arbeitsplätze und technologisches Know-How für immer verlieren. Denn sind die Arbeitsplätze erstmal weg, kommen sie nicht wieder.

Die Corona-Krise hat die ohnehin schwierige Lage des Unternehmens weiter verschärft. Die Stahlsparte steht durch den Einbruch bei ihren Hauptkunden aus der Automobilindustrie vor großen Problemen. Ein Ausverkauf von Thyssenkrupp Steel muss verhindert werden. Die IG Metall hat im Frühjahr mit ihrer Zustimmung zum Zukunftspakt Stahl 2030 schon Kompromissbereitschaft gezeigt. Die Bundesregierung hat mit ihrem „Handlungskonzept Stahl“ im Juli einen mit den Tarifpartnern abgestimmten Aktionsplan für den Schutz und die Modernisierung der deutschen Stahlindustrie vorgelegt. Nun lasst es uns anpacken und dem Unternehmen sowie den Beschäftigten eine Zukunft geben!

Antrag „Nachhaltige Industrie in NRW mit einer Landesbeteiligung bei ThyssenKrupp Steel“: *bit.ly/3qunmPN*

Antrag auf Aktuelle Stunde „Corona-Krise gefährdet die Zukunft einer modernen Stahlindustrie an Rhein und Ruhr – den Ausverkauf der Stahlsparte von ThyssenKrupp verhindern“:
bit.ly/3lIh6QP

Gute Arbeit heißt Mensch vor System!

Am 7. Oktober fand auch in diesem Jahr der Internationale Tag für Gute Arbeit statt. Dass man solche Gedenktage braucht, wird gerade während der Corona-Krise sichtbar. Denn die weckt Begehrlichkeiten in der Wirtschaft. Klar, Corona führte zu einer Rezession. Ein Anlass, nun in den letzten Jahren hart erkämpfte Rechte für Arbeitnehmer*innen wieder in Frage zu stellen und sozialdemokratische Ziele mit allen Mitteln zu bekämpen. Corona ist für die Wirtschaft und für wirtschaftsnahe Politiker*innen Anlass, das auszusprechen, was sie sich in den letzten Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs nicht getraut haben, zu sagen.

In Nordrhein-Westfalen nennt sich das Entfesselung. Ich nenne es einen Tritt in den Rücken der Menschen in unserem Land. In der Vergangenheit traf es zum Beispiel die Mieter*innen durch den Rückbau des Mieterschutzes. Jetzt sind die Arbeitnehmer*innen dran. Die Landesregierung um Armin Laschet und Andreas Pinkwart hat eine Bundesratsinitiative mit bundespolitischen Forderungen auf den Weg gebracht, die es in sich hat.

Der größte Hammer: sachgrundlose Befristungen sollen erleichtert werden. Die Wirtschaft brauche flexiblere Arbeitnehmer*innen, damit die Wirtschaft flexibel auf Corona reagieren könne. Ob Corona der wahre Grund für dieses Geschenk an die Wirtschaft ist, wage ich mal zu bezweifeln. Es dürfte eher der Wunsch nach flexibleren Wegen, die Arbeitskosten niedrig zu halten, sein. Wer nur einen befristeten Vertrag besitzt, der überlegt sich zweimal, ob er sich bei stockenden Tarifverhandlungen an Streiks beteiligt. Schließlich hat er ja die Hoffnung, nach Auslaufen des Vertrags weiterbeschäftigt zu werden.

Wir als SPD sollten daher weiter unseren Weg gehen, die sachgrundlose Befristung in Gänze abzuschaffen. Ein erster Schritt dahin steht übrigens im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD. Demnach soll die Anzahl der befristet Beschäftigten in Unternehmen mit mehr als 75 Beschäftigten auf 2,5% begrenzt werden. Ein erster, aber umso wichtigerer Schritt. Der ist aber gefährdet, denn in der Bundesregierung wird die Umsetzung dieses Vorhabens seit Monaten geschoben. Deshalb müssen wir als Partei gegen diese Blockadehaltung vorgehen und Druck auf Bundesregierung und Bundestagsfraktion machen! Die sachgrundlose Befristung ist nicht verhandelbar! Es darf nicht sein, – und das betrifft vor allem die jüngere Generation – dass man von einem befristeten Arbeitsverhältnis ins nächste wechseln muss. Wer soll denn da noch sein Leben und seine Familie planen können?

Mit ihrer Entfesselungspolitik will die Landesregierung aber auch die Attraktivität des Niedriglohnsektors aufrecht erhalten. Die Verdienstgrenze bei einem Minijob soll von 450 auf 530 Euro angehoben werden. Damit wollen sie auf die Entwicklung des Mindestlohns reagieren, der demnächst deutlich steigen wird.

Minijobs sind immer noch für viele Menschen der einzige Einkommenserwerb – viel zu oft in Kombination mit dem Bezug von Transferleistungen des Sozialstaats. Vom Minijob allein kann kein Mensch leben. Das sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnis muss daher wieder für alle Menschen, die davon ihre Existenz bestreiten, zur Pflicht werden. Nur so verhindern wir Armut – gerade im Alter. Wer nur im Minijob arbeitet, der erwirtschaftet am Ende des Tages keine Rentenansprüche. Keine soziale Absicherung. Im Grunde bedeutet diese Beschäftigungsform eine Subventionierung der Wirtschaft auf Kosten der Steuerzahler*innen und Sozialversicherungspflichtigen. Darüber wird in dieser Debatte viel zu wenig geredet.
Wenn es nach der NRW-Landesregierung geht, soll auch das vom Bund geplante Lieferkettengesetz gestrichen werden. Was das heißt?
Wir genießen den Kaffee aus Brasilien, bekleiden uns mit Textilien aus Bangladesch, laufen täglich auf den Pflastersteinen aus Indien und in den Batterien unserer Handys und Autos stecken Kobalt und Coltan aus dem Kongo. Machen wir uns eigentlich Gedanken darüber, wie diese Dinge produziert werden?
Eins ist völlig klar: Niemand von uns möchte eine Schokolade essen, wenn Kinder die Kakaobohnen dafür gepflückt haben, oder Hosen tragen, die von Kinderhänden genäht wurden. Warum in aller Welt sorgen wir dann nicht endlich dafür, dass damit jetzt endlich Schluss ist?
Ist es uns wirklich egal? Ist Geiz wirklich geil? Oder gibt es auch andere Gründe, nichts dagegen zu unternehmen?
Ich bin der festen Überzeugung, dass wir es nicht länger zulassen dürfen, dass unser Wohlstand aufgrund der Ausbeutung von Mensch und Natur erkauft wird. Und deshalb müssen wir uns für das Lieferkettengesetz stark machen!
Das geplante Lieferkettengesetz, vorgelegt von Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) und Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD), soll Unternehmen ab 500 Beschäftigten dazu zwingen, in ihrer gesamten Lieferkette, also bei Rohstoffen, Vorprodukten und Dienstleistungen ihrer Lieferanten, sicherzustellen, dass nicht gegen die Arbeits- und Menschenrechte und nicht gegen grundlegende Umweltstandards verstoßen wird, z.B. bei Kinderarbeit, dem Abholzen geschützter Wälder, Verschmutzung der Umwelt oder Verstößen gegen internationale Arbeitsrechte. Konkret soll es regeln:

- Die Pflichten von Unternehmen beim Schutz von Menschenrechten und wie sie diesen in ihren Lieferketten nachkommen können.
- Es soll Unternehmen dazu verpflichten, über ihre Anstrengungen Bericht zu erstatten.
- Es soll die Rechte von Arbeiternehmer*innen vor Gericht stärken und einen Weg eröffnen, Schadensersatzansprüche in Deutschland geltend zu machen.

Bisher erfüllen weniger als 20 % der Unternehmen diese Vorgaben. 152 Millionen Kinder arbeiten unter Bedingungen, die sie ihrer elementaren Rechte und Chancen berauben. 73 Millionen von ihnen leiden unter Arbeitsbedingungen, die gefährlich oder ausbeuterisch sind.
Um es deutlich zu sagen: Die Verletzung von Menschenrechten darf kein Wettbewerbsvorteil für Unternehmen sein! Umwelt- und Arbeitsstandards sind in Deutschland zu Recht hoch. Wenn wir faire Arbeit sowohl in Deutschland als auch in der Welt haben wollen, dann müssen wir dafür sorgen, dass der Druck in weniger entwickelten Ländern steigt, hier Umwelt- und Arbeitsstandards zu verbessern. Und nicht umgekehrt, den Druck in Deutschland zu erhöhen, um Standards weiter zu schleifen, und dadurch konkurrenzfähig zu bleiben. Deshalb ist es wichtig, dass wir in Deutschland dieses Lieferkettengesetz auf den Weg bringen.
Ich jedenfalls lehne es ab, dass ausschließlich die Arbeitnehmer*innen die Folgen von Corona tragen sollen. Und ich kann jede*n nur bitten, die Augen aufzumachen und zu hinterfragen, in

welchem Interesse die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen geschleift werden sollen. Ist wirklich Corona der Grund oder ist Corona eher ein willkommener Anlass?

Das Entfesselungspaket des Grauens: bit.ly/36GP97E

Digitalen Wandel der Arbeitswelt stärken

Wie wichtig die Digitalisierung für die Arbeitswelt ist, wissen wir nicht erst seit Beginn der Corona-Pandemie, in der Videokonferenzen, Home Office und digitale Veranstaltungen zum Alltag gehören. Daher wurde im April 2018 die Enquetekommission „Digitale Transformation der Arbeitswelt in Nordrhein-Westfalen“ auf Antrag der SPD-Landtagsfraktion eingesetzt. Im Plenum Anfang Oktober wurde nun der Abschlussbericht der Enquetekommission vorgestellt. Die digita-le Transformation der Arbeitswelt spielt sich in NRW demnach derzeit vor allem in bestehenden Unternehmen aus Industrie und Handwerk ab. Viel diskutierte Phänomene wie Cloud- und Click-working bilden noch eine Ausnahme. Wir müssen uns deshalb künftig darauf konzentrieren, den Wandel in den bestehenden Unternehmen und Belegschaften so politisch zu begleiten, dass es mehr Sieger als Verlierer der Digitalisierung gibt. Dazu muss nicht nur das Arbeits- und Sozial-recht an neue Erwerbsformen in digitalen Geschäftsmodellen angepasst werden. Die Digitalisie-rung erfordert auch eine Stärkung der Weiterbildungsmöglichkeiten, damit Arbeitnehmer*innen ausreichend für die neuen Anforderungen des digitalen Wandels qualifiziert sind. Wir fordern daher auch eine Verbesserung der Weiterbildungsberatung und -finanzierung - insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen.

Abschlussbericht der Enquete-Kommission Digitale Transformation der Arbeitswelt in Nordrhein-Westfalen: bit.ly/39O36CL

Leid von Verschickungskindern endlich anerkennen

Die SPD-Fraktion im Landtag hat im Oktober-Plenum unseren Antrag „Trauma „Verschickungskind“. Verschickt um gesund zu werden – Demütigung und Gewalt gegen Kinder in Kinderheilanstalten“ auf die Tagesordnung gesetzt – mit Erfolg! Die anderen demokratischen Fraktionen im Landtag tragen diesen wichtigen Antrag gemeinsam mit uns mit. Das Thema wird nun federführend im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend behandelt und kriegt damit endlich die Aufmerksamkeit, die es verdient. Denn das Schicksal von so genannten „Verschickungskindern“ hat bislang viel zu wenig Beachtung in unserer Gesellschaft gefunden. Verschickungskinder wurden zwischen 1950 und 1990 alleine ohne Begleitung ihrer Eltern oder Erziehungsberechtigten für mehrere Wochen in Heime „verschickt“. Angeblich zur Erholung von gesundheitlichen Problemen. Doch häufig haben die Kinder dort alles andere als Erholung erlebt: Gewalt, Erniedrigungen, Drangsalierungen und Einschüchterungen wurden zum schrecklichen Alltag der

Kinder. Bis heute ist ungeklärt, wer für die Verschickung verantwortlich war. Die Aufarbeitung steht noch am Anfang, hat aber dank unserer Initiative im Landtag endlich begonnen. Denn die Betroffenen verdienen eine umfassende Aufklärung des Themas und Unterstützung bei der Bewältigung ihrer traumatischen Erlebnisse, die sie bis heute nicht loslassen!

Video: Erfahrungen von Verschickungskindern: bit.ly/2Ii3bU0
Antrag: Trauma "Verschickungskind". Verschickt um gesund zu werden – Demütigung und Gewalt gegen Kinder in Kinderheilanstalten: bit.ly/3mIXVYo

Gewalt gegen Frauen ist niemals privat

Die Landesregierung hat im November eine Dunkelfeldstudie zu Gewalterfahrungen und dem Sicherheitsempfinden der Menschen in Nordrhein-Westfalen veröffentlicht. Von Anfang an waren wir skeptisch, ob eine solche Studie überhaupt neue Erkenntnisse bringen würde. Diese Vermutung bestätigte sich dann auch. Wie befürchtet bringen viele Menschen Gewaltereignisse nicht zur Anzeige, sei es aus Scham- oder Schuldgefühlen oder weil der Gewalttätige einem sozial nahe steht.

Eine nützliche Information lieferte die Studie dann doch noch. Viele Betroffene nehmen nach einem Gewaltereignis keine Hilfe in Anspruch, obwohl wir ein hervorragendes Beratungsnetzwerk besitzen, das niemanden in seiner Lage allein lässt. Diese Anlaufstellen sind den meisten aber gar nicht bekannt. Und da darf die Landesregierung jetzt nicht untätig sein. Eine erste Schlussfolgerung müssen daher zielgerichtete und passgenaue Informationskampagnen zu den bestehenden präventiven Maßnahmen und psychosozialen Unterstützungsangeboten sein. Das gilt umso mehr, als dass gerade im Bereich der häuslichen Gewalt die Informationsbeschaffung in Zeiten von Corona ungleich schwieriger geworden ist. Dieses Dunkelfeld muss die Landesregierung jetzt als Erstes ausleuchten.

Jede dritte Frau wird im Laufe ihres Lebens Opfer von Gewalt. Rund jeden dritten Tag stirbt in Deutschland eine Frau nach häuslicher Gewalt oder Gewalt in der Partnerschaft. Gewalt an Frauen und Mädchen geht uns deshalb alle an! Sie ist niemals privat! Das habe ich in der Debatte über den Haushalt 2021 für den Teilbereich Gleichstellung auch nochmal deutlich gemacht. Fraktionsübergreifend sind wir uns einig, dass wir in Nordrhein-Westfalen ein dichtes Netz an Hilfs- und Schutzangeboten brauchen.

Jeder Frau, die Opfer von Gewalt wird, muss ein Hilfs- und Schutzangebot gemacht werden, ohne dass sie dafür weite Wege in Kauf nehmen muss. Doch leider sind in der Realität weite Wege in der Regel der Fall. Betroffene müssen quer durchs Land reisen, um ein Frauenhaus mit einem freien

Platz zu finden. Die SPD-Fraktion will deshalb als ersten Schritt ein neues Frauenhaus pro Jahr schaffen und die Hilfeinfrastruktur aus Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen auf solide finanzielle Füße stellen.

Zwar hat die Landesregierung die finanzielle Basis der Frauenhausförderung verbessert, bei den mindestens 50 neuen Frauenhausplätzen, die die Landesregierung schaffen will, kommen wir aber immer noch nicht vorwärts. Gleichstellungsministerin Ina Scharrenbach wirkt dabei konzeptlos. Ursprünglich sollte Anfang 2020 eine Bedarfsanalyse veröffentlicht werden, später hieß, sie werde erst im Herbst 2020 kommen. Bis heute liegt diese Analyse nicht vor und somit weiß auch niemand momentan, wofür die zusätzlichen finanziellen Mittel, die im Haushalt 2021 verabschiedet werden sollen, eigentlich eingesetzt werden sollen und ob diese überhaupt ausreichen. Solide und transparent wirken diese Planungen jedenfalls nicht.

Video: Meine Rede zum Gleichstellungshaushalt 2021: bit.ly/37G2zzY
Studie zu Gewalt und Sicherheit in Nordrhein-Westfalen (Dunkelfeldstudie): bit.ly/2LbAUQ3

Wir halten am Paritätsgesetz fest

Eins steht fest: Wir lassen uns von dem Urteil des Brandenburger Landesverfassungsgerichts nicht von einem Paritätsgesetz für NRW abbringen! Erst recht nicht, wenn die Klage von rechten Parteien wie der AfD und NPD ausgeht. Wir gehen vor diesem rückschrittlichen Gesellschaftsbild nicht in die Knie. Ganz im Gegenteil: Für die SPD-Fraktion im Landtag NRW sind diese fortschrittsfeindlichen Bestrebungen ein Ansporn, den Weg für eine paritätische und damit gerechte Besetzung der Landeswahllisten genau jetzt weiter zu gehen. Zumal wir das Urteil aus Brandenburg und auch aus Thüringen als nicht gerechtfertigt ansehen. Die Brandenburger Richter*innen sahen durch das Paritätsgesetz die Bürger*innen in ihrer Wahlfreiheit und die Parteien in ihrer Programmfreiheit beeinträchtigt. Das Gleichberichtigungsgebot in Art. 3 Satz 2 GG sei nicht gewichtig genug, um diesen Eingriff in die Wahlrechtsgrundsätze der freien und gleichen Wahl zu rechtfertigen. Das ist unserer Einschätzung nach ein zu eingeschränkter Blickwinkel auf die Sachlage. Denn auf die Listenaufstellung der Parteien haben Wähler*innen auch ohne Paritätsgesetz keinen Einfluss. Somit haben sie mitnichten die freie Wahl von Kandidat*innen, sondern sind so oder so auf eine Auswahl an Kandidat*innen beschränkt. Bei den Entscheidungen aus Brandenburg und Thüringen fehlt eine Abwägung der beiden Verfassungsgüter „Gleichberechtigungsgebot“ und „Parteienfreiheit“. Warum soll der Gleichstellungsgrundsatz des Grundgesetzes dem Wahlrechtsgrundsätzen dermaßen untergeordnet sein? Mit den Maßnahmen eines Paritätsgesetzes wird die Wahlfreiheit bei weitem nicht so stark eingeschränkt, wie es umgekehrt ohne Paritätsgesetz beim Gleichstellungsgebot getan wird. Das muss zumindest diskutiert werden und darf nicht wegen angeblich fehlender Aussagekraft des Gleichstellungsgebots abgetan werden.

Die Sachverständigenanhörung zum Paritätsgesetz in NRW wird am 11. März 2021 stattfinden. Renommierte Juristinnen wie Prof. Dr. Silke Laskowski oder die ehemalige Bundesverfassungsrichterin Dr. Christine Hohmann-Dennhardt unterstützen unsere Position. Gleichstellung ist keine Ideologie, sondern ein verfassungsrechtlicher Auftrag. Die Unterrepräsentanz von Frauen im Parlament muss 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts endlich ein Ende haben. Dafür werde ich weiter kämpfen, versprochen!

Schwangerschaftsabbruch ist Grundversorgung

In den letzten Wochen hat man ihn immer wieder in den Medien gesehen: den roten Blitz. Er ist das Symbol der Proteste der Frauen in Polen, mit denen ich mich solidarisiere. Anlass dieser Proteste ist ein Urteil des polnischen Verfassungsgerichtes vom 22. Oktober. Demnach sind Abtreibungen in Polen zukünftig nur noch dann möglich, wenn das Leben der Mutter massiv bedroht, die Schwangerschaft die Folge einer Vergewaltigung ist oder aus Inzest resultiert. Das bedeutet, dass Frauen auch dann keine Abtreibung mehr vornehmen lassen dürfen, wenn dem ungeborenen Kind massive Fehlbildungen drohen. Mit der Konsequenz, ein schwerbehindertes oder nicht lebensfähiges Kind austragen zu müssen, stehen die Frauen dann alleine da. Wo bleibt hier die Selbstbestimmung über den eigenen Körper? Die Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit (PIS)“ hat mit diesen Gesetzesverschärfungen faktisch eine Bevormundung von Frauen zu geltendem Recht erklärt. Eine Schande, wenn ihr mich fragt.

Aber nicht nur bei unseren polnischen Nachbar*innen sind frauenfeindliche und rückschrittliche Ansichten zu Schwangerschaftsabbrüchen vertreten. Auch bei uns in Deutschland ist es leider noch längst keine Selbstverständlichkeit, dass Frauen ein freier Zugang zu einer sicheren und straffreien Abtreibung gewährt wird. Darauf haben Frauen aus der ganzen Welt auch in diesem Jahr am Safe Abortion Day am 28. September aufmerksam gemacht und sich für ihr Recht auf einen sicheren Schwangerschaftsabbruch eingesetzt. Dabei stehe ich ihnen bei! Ich fordere, dass die Paragrafen 218 und 219 StGB abgeschafft werden. Es muss endlich eine klare Gesetzeslage geschafft werden, damit Frauen und auch den durchführenden Ärzt*innen sichere und legale Möglichkeiten für einen Schwangerschaftsabbruch zur Verfügung stehen. Damit Frauen, die vor dieser schwierigen und folgenschweren Entscheidung stehen, sich nicht auch noch über rechtliche Konsequenzen oder überhaupt die Verfügbarkeit von Ärzt*innen, die solche Eingriffe durchführen, Gedanken machen müssen.

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus nimmt Formen an

Anfang des Jahres hatten wir unseren Masterplan Gegen Rechts vorgestellt. Mit einzelnen Initiativen konnten wir in den letzten Wochen erste Erfolge erzielen. Gemeinsam mit CDU, FDP und Grünen haben wir einen Antrag ins Plenum eingebracht, mit dem wir das Zeigen und Verwenden der Reichskriegsflagge - ein wichtiges Symbol der rechtsextremen Szene - verbieten wollen.

Im November haben wir zudem einen Entwurf für ein Versammlungsfreiheitsgesetz in den Landtag eingebracht. Mit diesem wollen wir Rechtsklarheit im Versammlungsrecht schaffen und verhindern, dass Feinde der Demokratie das Versammlungsrecht missbrauchen können, wie es gerade Rechtsextremist*innen in der Vergangenheit getan haben.
Das Bundeskabinett hat in dieser Woche einen umfangreichen Maßnahmenkatalog gegen Rechts beschlossen. So soll auch der Begriff Rasse aus dem Grundgesetz entfernt werden. Eine Forderung, die wir in unserem Masterplan Gegen Rechts eingefordert hatten. Rassismus und Rechtsextremismus müssen stärker bekämpft werden. Gerade in der Verfassung.
Innenminister Herbert Reul hat indes seine Zurückhaltung bei der zwingend notwendigen Polizeistudie abgelegt. Nachdem neue Fälle rechtsextremer Chatgruppen bekannt wurden, die Kritik der Opposition schärfer wurde und schließlich auch Bundesinnenminister Horst Seehofer den Nutzen einer Studie anerkannte, musste nun auch Reul liefern. Die Hauptsache ist, dass jetzt endlich umfassend untersucht wird, wie es zu solchen rechtsextremen Einstellungen in der Polizei kommen kann und wie groß das Problem tatsächlich ist.

Unser Masterplan gegen Rechts: bit.ly/36IW40c
Antrag „Fit für Demokratie: Schutz vor Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus verstärken“: bit.ly/3oqrcrs
Antrag „Rechtsradikale Symbole verbannen – Reichskriegsflaggen verbieten“: bit.ly/3quJcT7
Entwurf für ein Versammlungsfreiheitsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen: bit.ly/33LH2Ff

Wahlkreisbüro bleibt geöffnet

Auch während des Corona-Lockdowns ist mein Wahlkreisbüro am Brüderweg 10-12 in der Dortmunder City weiterhin für die Anliegen von Bürgerinnen und Bürger da. Allerdings bitten wir um Kontaktaufnahme per Telefon oder E-Mail. Wir bitten von spontanen Besuchen abzusehen und stattdessen für einen Besuch vor Ort einen Termin zu vereinbaren. Ihr erreicht das Wahlkreisbüro montags bis donnerstags, 9.00 – 16.00 Uhr und freitags, 9.00 – 14.00 Uhr unter Tel. 0231 / 58 56 18 oder per E-Mail an anja@anja-butschkau.de.

Butschkau unterwegs

Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Obdachlosigkeit ist vor allem unter Corona eine große Herausforderung. Daher helfe ich im ObdachlosenKAffee St. Reinoldi.

Das Keksmobil ist in Dortmund unterwegs und überrascht engagierte Menschen.

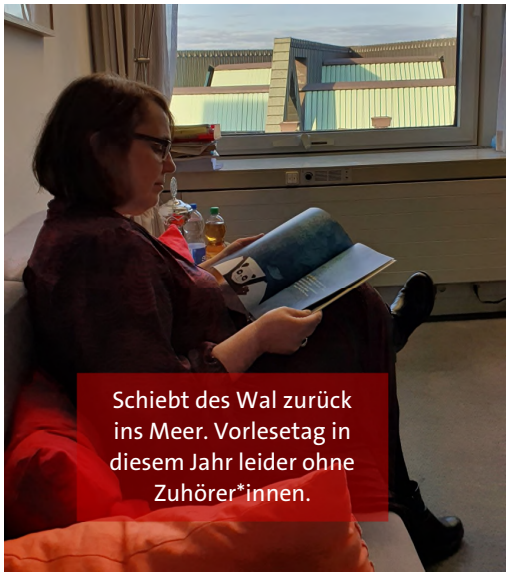
Mein Wahlkreisbüro machte bei den Orange Days gegen Gewalt an Frauen mit.

Der Natursportpark Zeche Kaiser Friedrich in Menglinghausen ist jetzt ausgezeichneter Ort der UN-Dekade Biologische Vielfalt.

Zum Welt-AIDS-Tag: Menschen nicht stigmatisieren!

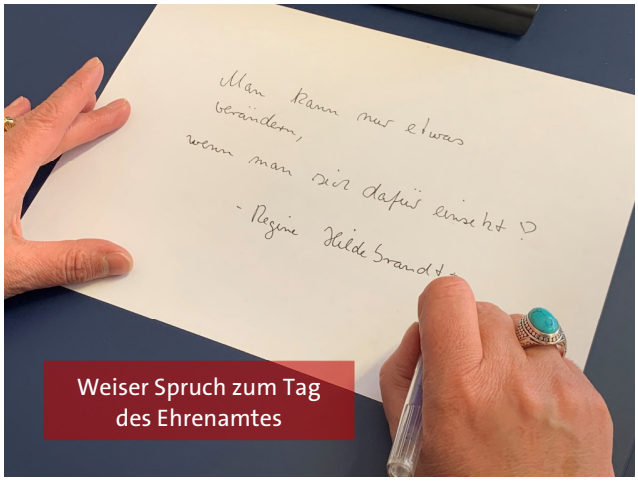
Wie funktioniert die Integration geflüchteter Menschen. Zu Besuch beim Projekt Ankommen.

Lilian Heusinger machte ein Tagespraktikum im Landtag.



Schiebt des Wal zurück ins Meer. Vorlesetag in diesem Jahr leider ohne Zuhörer*innen.

Helmut Feldmann berichtete Georg Deventer und mir über seinen Kampf für eine legale Sterbehilfe, der ihn bis zum Bundesverfassungsgericht führte.



Weiser Spruch zum Tag des Ehrenamtes

Glücklich nach der Wahl zur stellvertretenden Vorsitzenden des AWO Bezirks Westliches Westfalen.

Mit Landtagsvizepräsidentin Carina Gödecke zu Besuch in der Prostituierten-beratungstelle Madonna in Bochum.